

## **Wähler-Gemeinschaft Niedernhausen - Fraktion -**

**Herrn Bürgermeister  
Joachim Reimann  
Herrn Vorsitzender der Gemeindevertretung  
Frieder Rothenberger**



c/o Klaus Henry I Hugelstr.17  
65527 Niedernhausen I 06127 - 2944  
fraktion@wgn-niedernhausen.de  
www.wgn-niedernhausen.de

Niedernhausen, 10.2.2015

## **Antrag Resolution gegen CETA, TTIP und TISA**

Die Gemeindevertretung möge beschließen:

### **1 Antragstext zur Beschlussfassung**

1. Die Gemeindevertretung Niedernhausen lehnt alle Vorstöße in den geplanten bi- und plurilateralen Handelsverträgen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement / EU – Kanada), TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership / EU – USA) und TISA (Trade in Services Agreement / EU – USA) ab, die das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung verletzen und die politischen Gestaltungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden einschränken.

Der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge vor weiteren Liberalisierungen muss garantiert werden, indem mittels einer Positivliste aufgelistet wird, in welchen konkreten Bereichen verstärkter Wettbewerb stattfinden soll. Die kommunale Daseinsvorsorge sollte vollständig ausgeschlossen werden. Geplante Sperrklinkenklauseln, die sich als Re-Kommunalisierungsverbote auswirken und Eingriffe in die kommunale Planungshoheit – etwa durch Verbote bei Beschränkungen im Niederlassungsrecht – sind abzulehnen.

Ebenso ist abzulehnen, dass durch Klagen ausländischer Konzerne vor internationalen Schiedsgerichten Subventions- und Regulierungsentscheidungen der Gemeindevertretung zu Schadenersatzzahlungen für die Bürgerinnen und Bürger (auf Grund des Grundsatzes der „billigen und gerechten Behandlung“ für ausländische Unternehmen) führen können.

Auch eine erweiterte und bei niedrigen Schwellenwerten angesetzte Ausschreibungspflicht im öffentlichen Beschaffungswesen, die es immer schwieriger macht, neben der Preishöhe auch ökologische und soziale Kriterien bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen, sollte nicht Teil des Abkommens sein.

2. Wegen der weitreichenden Folgen der Abkommen für alle staatlichen Ebenen müssen bei den Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen die gewählten Parlamentarier/innen und/oder Spitzenverbände auf europäischer und nationaler Ebene sowie auf Länderebene und kommunaler Ebene über Verhandlungspositionen informiert und früh einbezogen werden.

3. Der Gemeindevorstand Niedernhausen wird beauftragt, diesen Beschluss der Gemeindevertretung dem Hessischen Städte- und Gemeindebund (HSGB) schriftlich zu übermitteln. Darüber hinaus soll er auch der Presse in Form einer Presse-Information mitgeteilt werden.

## 2 Begründung

### Demokratie und Transparenz

Die Verhandlungen zu den drei Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TISA fanden und finden im Geheimen statt – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Nicht einmal die EU-Abgeordneten haben uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten. Und obwohl Städte und Kommunen direkt betroffen sind, werden nicht einmal die kommunalen Spitzenverbände (z.B. Hessischer Städte- und Gemeindebund, Hessischer Städtetag sowie Hessischer Landkreistag oder Deutscher Städtetag) in die Verhandlungen eingebunden. Das entspricht nicht den demokratischen Standards.

### Investitionsschutz für Konzerne

Bei CETA und TTIP erhalten internationale Konzerne ein Sonderklagerecht gegen demokratisch beschlossene Gesetze und Verordnungen. Die Klagen werden vor privaten Schiedsgerichten verhandelt. Diese stellen eine Paralleljustiz dar, die grundlegende Prinzipien des Rechtsstaates massiv verletzt.

Auch Beschlüsse von Gemeinden können Anlass für solche Klagen sein. Dies würde dazu führen, dass sich die politischen Gremien von Städten und Gemeinden bei jedem Beschluss überlegen müssten, ob sie eventuell die Gewinnerwartungen eines Konzerns schmälern würden und somit eine Klage gegen den Staat auslösen könnten. Auch kommunale Subventionen – z.B. für Krankenhäuser, Bäder, öffentlichen Personennahverkehr usw. -- werden angreifbar, weil private Anbieter Gleichbehandlung vor den privaten Schiedsgerichten einfordern könnten.

### Kommunale Daseinsfürsorge, öffentliches Beschaffungswesen

In den Abkommen wird geregelt, welche Dienstleistungen von Städten und Gemeinden erbracht werden dürfen und welche dem Wettbewerb unterliegen müssen. Dies kann nahezu alle bisher öffentlichen Dienstleistungen umfassen. Die EU schließt bisher nur hoheitliche Bereiche aus. Das bedeutet, dass z.B. Bereiche wie Wasserversorgung, Bildung, Kultur, Gesundheitsleistungen oder Nahverkehr verstärkt für Privatisierungen geöffnet werden könnten. Zudem wird die Bevorzugung regional tätiger Anbieter bei öffentlichen Aufträgen erschwert bzw. unmöglich gemacht, da – ab einem bestimmten Schwellenwert – Aufträge nicht nur EU-weit, sondern auch im Land des Vertragspartners ausgeschrieben werden müssen. Hiermit wird die Handlungsautonomie der Kommunen drastisch eingeschränkt, mit Unternehmen zusammen zu arbeiten, die hohe soziale und ökologische Standards umsetzen – ganz abgesehen von der weiter zunehmenden Bürokratie und deren Kosten.

### Standstill- und Ratchet-Klausel (Sperrklinkenklausel)

Die Abkommen enthalten sowohl die Standstill- (Stillstands-) wie auch die Ratchet- (Sperrklinken-) Klausel. Die Stillstandsklausel legt fest, dass nach Einigung auf einen Status der Liberalisierung dieser nie wieder aufgehoben werden darf. Eine bereits privatisierte Dienstleistung könnte somit nicht mehr rekommunalisiert werden (siehe z.B. Disaster bei der privatisierten Wasserversorgung in England).

Die Sperrklinken-Klausel besagt, dass zukünftige Liberalisierungen eines Sektors automatisch zu neuen Vertragsverpflichtungen werden, das heißt auch, in diesen Sektoren könnte dann, wenn einmal Wettbewerb zugelassen wurde, nicht mehr zu kommunalem Betrieb zurückgekehrt werden, ohne dass Klagen privater Konzerne möglich werden.

Für die Fraktion der WGN:

